

Die Ernährungsfragen.

Drahtbericht unj. Korrespondente n.
 pr. München, 12. Juni. Angesichts der starken Ziffern des Fremdenzuflusses nach Bayern ist die allgemeine Frage der Ernährung auch für Norddeutsche und Berliner von besonderem Interesse. Die von einzelnen Kommunalverbänden beabsichtigte Beibehaltung der bisherigen Brotmenge ist undurchführbar, denn die Reichsgetreidestelle hat angeordnet, daß die landwirtschaftlichen Kommunalverbände in Bayern, der Reichsgetreidestelle ihre Vorräte abliefern müssen, mit denen sie über den 25. Juli hinaus eingedeckt sind. Die bayerische Getreidestelle erhält daher von den Kommunalverbänden die über den 25. Juli reichenden Getreidevorräte. Nur die Großstädte mit ihrer schwierigeren Ernährung sollen bis 10. August versorgt werden. In der Fleischversorgung hat Bayern die von der Reichsfleischstelle getroffene Herabsetzung der Fleischmenge pro Kopf von 250 bis zu 100 Gramm für unzumutbar erachtet. Sie kommt nun aber doch nicht mehr von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Fleischversorgung im Reich herum. Vom 1. August soll eine fleischlose Woche im Monat eingerichtet werden. (Nach Befragung beim hiesigen Kriegsernährungsamt hat dieses Anregungen auf solche Maßregeln, wie sie bezüglich der Fleischbeschränkung hier erwähnt werden, nicht ergeben lassen. Die Red.) Die Milchversorgung wird während der Sommermonate in München, Nürnberg und Augsburg eingestellt, um eine Fettversorgung für den Winter zu gewährleisten. Während jener Zeit werden die meisten Stadtländer auf dem Lande sein. Die reguläre Landbatterablieferung ist infolge der wahnwitzigen Privatpreiserhöhung von 8773 Zentner im März 1917 auf 1517 Zentner im März 1918 zurückgegangen. Die straffere Erfassung ist von verschiedenen Kommunalverbänden bereits mit gutem Erfolg eingeleitet, besonders in den von Hamstern so besuchten Gegenden Niederbayerns. Die Kartoffelversorgung ist günstig; Bayern hat nur 300 000 Zentner Zuschuß nötig. Die Aussichten für die neue Ernte sind recht befriedigend. Was den Fremdenverkehr anbelangt, so ist, wie bereits angekündigt, eine Herabsetzung von 4 auf 3 Wochen und die Kontingentierung in einzelnen Gaststätten nicht in Aussicht genommen.